



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in Syrien herrscht Bürgerkrieg und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Proteste gegen den Machthaber Baschar al-Assad begannen im März 2011 mit Forderungen nach mehr politischen Beteiligungsmöglichkeiten, Bürgerrechten und wirtschaftlichen Reformen. Schnell weiteten sich die Demonstrationen zu Unruhen und diese zu einem Bürgerkrieg aus, der das ganze Land erschüttert. Ging es anfangs um politische und ökonomische Ziele, hat sich inzwischen ein Konflikt entlang vorwiegend konfessioneller Grenzen entwickelt. Die Vereinten Nationen beziffern die Zahl der Opfer auf mehr als 100.000. Dies alles geschieht vor den Toren Europas, und die Europäische Union findet erst allmählich zu einer gemeinsamen Haltung.

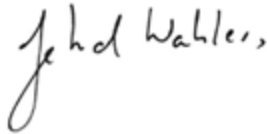
Jegliche Initiativen zur friedlichen Beilegung des Konflikts sind in den vergangenen Monaten versandet. Das liegt nicht zuletzt an den unterschiedlichen und festgefahrenen Positionen der regionalen Akteure und innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Zudem sind die Machtverhältnisse ebenso wenig klar wie die Ziele der in den Bürgerkrieg involvierten Gruppen und ihre Beziehungen untereinander. Die Opposition ist längst so fragmentiert, dass sie bei etwaigen Friedensgesprächen nicht einheitlich repräsentiert werden könnte. Auf internationaler Ebene bedürfte es eines Mindestmaßes gemeinsamer Interessen, um zu einem entschiedenen, gemeinsamen Auftreten zu gelangen. Stattdessen führt die Fortschreibung weltanschaulicher oder interessengeleiteter Konfliktlinien in Syrien und in der internationalen Gemeinschaft zu einem immer schwieriger zu lösenden Patt, zu unklaren Fronten und widersprüchlichen Konstellationen. Syrische Christen zum Beispiel sehen ihre Lage eher von islamistischen Rebellen bedroht als von Assads Truppen, obwohl diese es sind, die von der Islamischen Republik Iran unterstützt werden.

Unabhängig davon, ob Interventionen von außen noch als notwendig erachtet werden: Der wachsenden und ohnehin bereits unvorstellbar großen Zahl der syrischen Flüchtlinge wird sich die Weltgemeinschaft annehmen müssen. Denn längst hat der Konflikt auch über die Grenzen des Landes hinaus dramatische Folgen. Die Vereinten Nationen haben die Entwicklungen als die schlimmste Flüchtlingskatastrophe seit dem Genozid in Ruanda bezeichnet. Otmar Oehring verdeutlicht in seinem Artikel die Situation der Flüchtlinge in den Ländern der Region, in Ägypten, dem Irak, Jordanien, dem Libanon und der Türkei. Zu den enormen Ausmaßen der Fluchtbewegung schreibt er: „Damit sind rund 27,5 Prozent der Einwohner Syriens auf der Flucht, knapp 19,4 Prozent als Binnenvertriebene und gut acht Prozent als Flüchtlinge – und es werden täglich mehr.“ Im vergangenen Monat habe ich das Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien besucht und einen Eindruck von den Ausmaßen der Flüchtlingskrise gewinnen können. Das Lager hat sich zu einer Großstadt entwickelt, samt aller damit einhergehender Herausforderungen: Gesundheitsversorgung, Bildung, Kriminalitätsbekämpfung.

In ihren Bemühungen für eine bessere Situation der Flüchtlinge müssen die Länder der Region nun die tatkräftige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erfahren. Dabei geht es nicht ausschließlich darum, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Das alleine wird nicht ausreichend sein. Es muss auch daran gearbeitet werden, die staatlichen Strukturen gezielt so zu stärken, dass sie in der Lage sind, die gewaltigen Flüchtlingsströme aufzufangen. Dabei sind auch Austausch und Kooperation zwischen den Ländern eine wichtige Komponente, um die Situation zu verbessern.

Aus dem Artikel unseres Auslandsmitarbeiters wird auch ersichtlich, welch enormes Konfliktpotenzial Flüchtlingsströme in anderen Ländern bergen. Verschiedene ethnische und religiöse Gruppen treffen aufeinander, Einheimische fühlen sich durch die finanzielle Unterstützung für die Flüchtlinge benachteiligt oder verlieren ihre Jobs durch den Zuwachs illegaler Arbeitskräfte. Entscheidend ist es daher, einen Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen zu initiieren und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Die

Konrad-Adenauer-Stiftung ist mit sieben Büros in der Region präsent. Diese engagieren sich für Entwicklung, demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit und bieten eine Plattform für Austausch und Dialog auf allen Ebenen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de